



## SP INFO 2010

**JA zu einem sozialen, familienfreundlichen und lebenswerten Küttigen-Rombach**



### NOCH STÄRKER REGIONAL DENKEN UND HANDELN

Aarau und Küttigen sind zwei eigenständige und voll funktionsfähige Gemeinden. Gleichzeitig sind sie vielseitig miteinander vernetzt. Unter anderem sind sie beide Teil des Agglomerationsprogrammes AareLand, mit welchem die Funktionsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit dieses Raums gesichert und die Attraktivität als Wohnstandort erhalten bleiben sollen. Denn die Warnzeichen sind nicht zu übersehen: Die Standortattraktivität der Agglomerationen sinkt im Allgemeinen.

Die beiden Gemeinden sind verkehrsmässig stark miteinander verbunden. Sie sitzen aber auch, was die Gefahrenzone des Atomkraftwerkes Gösgen sowie den geplanten Bau eines Tiefenlagers am Jura-Südfuss betrifft, im gleichen Boot. Konkret zusammengearbeitet wird im Zivilschutz, bei der Polizei und in der Jugendarbeit. Die Küttiger BezirksschülerInnen gehen in Aarau zur Schule. Die Stadtbibliothek Aarau hat nach den AarauerInnen am meisten KundInnen aus Küttigen. Die AarauerInnen schätzen und geniessen das Naherholungsgebiet von der Aare bis hinauf zur Wasserflue mit den intakten, erlebnisreichen Naturgebieten an den südlichen Jurahängen.

Es ist wichtig, stark in gemeinsamen Räumen zu denken und sich zu koordinieren. Dass Küttigen das tut, zeigt sich hervorragend am Beispiel unseres Busbetriebes. Obwohl verschiedene Gemeinden sich entschieden haben, ihre BBA-Aktien zu verkaufen, stand dies für den Küttiger Gemeinderat nie zur Diskussion. Das ist vorbildlich und im Interesse der Öffentlichkeit und der Region gedacht.

Wir von der SP-Einwohnerratsfraktion Aarau sind der Meinung, dass wir, damit unsere Region nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwindet, nicht umhin können, noch stärker zusammenzuarbeiten. Daher haben wir das Postulat «Eine Region – eine Stadt» eingereicht, welches vom Einwohnerrat überwiesen worden ist. Der Stadtrat wird damit eingeladen, Gespräche, in denen das Thema Fusion kein Tabu (mehr) sein darf, aufzunehmen: fair, auf gleicher Augenhöhe, im gegenseitigen Einverständnis und Interesse. Ich bin gespannt auf die weitere Zukunft unserer Region!

**Lotty Fehlmann Stark, SP-Einwohnerrätin, Aarau**



SP-Gemeinderat Thomas Kaspar zu aktuellen Schulfragen

## FÜR EINE INTEGRATION MIT MASS

### Welche Aufgaben fordern Sie gegenwärtig am meisten in Ihren Ressorts?

Im Ressort Soziales verstärke ich zusammen mit den Mitarbeiterinnen des Sozialdienstes die Anstrengungen, Sozialhilfeempfänger wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren, namentlich die vielen jungen Menschen. Im Bildungsressort planen wir für nächstes Jahr die Ausdehnung der Schulsozialarbeit auf die Oberstufe.

### Im Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) laufen einige wichtige Vernehmlassungen. Die eine betrifft die Frage, ob die Schulpflege abgeschafft werden soll. Wie denken Sie darüber?

Schulpflege und Gemeinderat arbeiten in Küttigen gut zusammen. Aber nicht nur

darum sehe ich keinen Grund, die Schulpflege abzuschaffen oder ihre Funktionen einzuschränken. Sie ist als demokratisch gewählte Behörde dem Volk näher als der Gemeinderat. Ich halte es für gefährlich, wenn sich im Bereich Schule die ganze Macht auf eine einzige Person konzentriert. Zudem könnte ich so viel zusätzliche Arbeit und Verantwortung gar nicht übernehmen. Der Gemeinderat hat im Übrigen genug Einfluss, weil die meisten Entscheidungen der Schulpflege finanzielle Konsequenzen haben, für die er zuständig ist.

### Im Zusammenhang mit den starken Veränderungen in unserer Gesellschaft gibt es mehr verhaltensauffällige Schüler. Vor fünf Jahren wurde deshalb das Timeout eingeführt: Die Schulpflege kann Schüler, die im Klassenverband untragbar geworden sind, für zwölf Wochen vom Unterricht ausschliessen. Hat sich diese Massnahme bewährt?

Aufgrund der Erfahrungen an der Schule Küttigen zweifle ich an Sinn und Wirksamkeit des Timeout. Ich verstehe zwar den Wunsch von Lehrpersonen, disziplinscheue Schüler eine Zeit lang aus dem Unterricht zu entfernen. Es ist aber illusorisch zu glauben, Schüler würden ihr Verhalten innerhalb von zwölf Wochen verändern, zumal sie wäh-

rend dieser Zeit weitgehend unbeaufsichtigt sind. In der Regel kehren sie nach dem Timeout nicht mehr in ihre Klasse zurück. Der Sozialdienst ordnet dann familienbegleitende Unterstützung an, oder es erfolgt eine Heimeinweisung. Das Problem wird also durch Timeout nicht gelöst, sondern nur verlagert. Ich würde es begrüessen, wenn die Schulpflege vor dem Verhängen eines Timeout den Sozialdienst kontaktierte.

### In einer weiteren Vernehmlassung des BKS geht es um die Einführung von regionalen Sonderklassen für verhaltensauffällige Schüler. Was meinen Sie dazu?

Nach meiner Erfahrung sind vor allem leistungsschwache Schüler verhaltensauffällig. Wenn sich mehrere davon in derselben Klasse befinden, wird die Lehrkraft übermässig gefordert und der Lernfortschritt gefährdet. Darum bedauere ich die Abschaffung der Kleinklassen. Wenn überhaupt, können regionale Sonderklassen das Problem nur dann lösen, wenn sie gut geführt sind, wenn die Schülerzahl gering ist und genügend Mittel zur Verfügung stehen.

### Grundsätzlich: Sollen schwierige Schüler möglichst integriert werden?

Ja, aber mit Mass.

## Aus alten Zeiten

# VERALTET ODER ZEITLOS

Jeder politisch interessierte Mensch erinnert sich noch an die Schlagzeilen der politischen Parteien aus den 70er und 80er Jahren. Greifen wir zwei Slogans aus jener Zeit auf, an denen sich vortrefflich die unterschiedlichen Auffassungen der Parteien bezüglich der Steuer-, der Finanz- und letztlich der Gesellschaftspolitik demonstrieren lassen.

### Weniger Staat – mehr Freiheit

Mit dieser Aussage manifestierte die freisinnige Partei, dass sie einen möglichst schwachen Staat wünschte, der nur noch das Allernotwendigste für seine Bürger tun kann. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden

von den Bürgerlichen immer wieder Anträge auf Steuersenkung gestellt. Gleichzeitig wurde verlangt, dass die öffentliche Hand Dienstleistungen nicht über Steuergelder, sondern selbsttragend über Gebühren finanziert. Zudem sollten gewinnträchtige öffentliche Unternehmen privatisiert werden.

### Ein armer Staat ist kein sozialer Staat

Mit dieser Feststellung konterte die Sozialdemokratie die oben skizzierte Strategie der Rechtsparteien. Öffentliche Aufgaben werden mit Steuergeldern sozialer finanziert als mit Gebühren. Jeder Steuerzahler leistet so den Beitrag, der seiner Finanzkraft entspricht. Gebühren

sind nicht sozial, wenn ein Grossverdiener für eine öffentliche Dienstleistung gleich viel bezahlt wie ein Rentnerehepaar, das von der AHV lebt. Darüber hinaus nützen Steuersenkungen nur den Finanzstarken; wer wenig verdient, wird mit zusätzlichen Gebühren bestraft.

Zum Schluss noch ein geflügeltes Wort aus jener Zeit: Alle, die lauthals verlangen, dass der Staat den Gürtel enger schnallen muss, tragen Hosenträger.

Veraltet oder zeitlos?

**Erich Schilling**

# DIE VERSCHULDUNG IN GRENZEN HALTEN

Küttigen steht heute vor der Entscheidung, ob und wie viele grosse Investitionen getätigt werden sollen. Nebst dem Neubau Schulhaus Dorf findet man im Finanzplan bis 2014 die Sanierungen des Gemeindehauses, des Feuerwehrgebäudes, der Kindergärten Stock und Rain, die Gestaltung des Knotens Rombacherhof, der neuen Stockstrasse und der Hauptstrasse sowie den Landerwerb für die Grossraumhalle. Alle Projekte zusammen ergeben Investitionen von ca. 20 Mio. Franken. Damit wird die Verschuldung der Gemeinde Küttigen bis Ende 2014 auf optimistisch geschätzte 13.4 Mio. Franken anwachsen.

Damit ist aber noch nicht die ganze Wahrheit auf dem Tisch. Bereits heute sind im Finanzplan ab 2015 Projekte für über 18 Mio. Franken eingestellt: u.a. für den Bau der Grossraumhalle, die Sanierungen des Turnhallegebäudes Stock, des Turnhallenschulhauses Dorf, des Türmli-schulhauses und des Iberghauses.

Ein Blick zurück zeigt uns die Folgen einer hohen Verschuldung. 1991 erreichte die Verschuldung der Gemeinde Küttigen über 15 Mio. Franken, worauf der Steuerfuss in den folgenden Jahren auf bis zu 122% angehoben werden musste. Erst im Verlauf von 15 Jahren konnte er gestaffelt auf 103% reduziert werden. Dieser Schuldenabbau war nur durch den Verzicht auf grosse Investitionen möglich. Nun stehen wir wieder vor wegweisenden Entscheidungen.

Brauchen wir wirklich neue und renovierte Turnhallen im Dorf und auf Stock und dazu noch eine Grossraumhalle? Sind wir bereit, höhere Steuern zu bezahlen, oder überlassen wir die Schulden einfach der nächsten Generation? Wenn alle im Finanzplan aufgeführten Projekte realisiert werden, woher nehmen wir dann z. B. das Geld für die zweite Etappe Alterswohnungen, die dringend notwendig ist, damit auch weniger finanzstarke einheimische Senioren ihren Lebensabend in unserem Dorf verbringen können? Die Devise muss lauten: Investieren ja, aber massvoll!

**Roland Lütolf,  
Präsident der Finanzkommission**

# SORGFÄLTIG UMGEHEN MIT KULTURLAND UND INVESTITIONEN



Die Bevölkerung der Gemeinde Küttigen hat in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich stark zugenommen. Die Gründe dafür sind vielfältig: ruhige Wohnlagen, ein beschauliches Ortsbild, gute Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz und an das übergeordnete Strassennetz, nahe gelegene und attraktive Erholungsräume (Jura und Auenlandschaften) und ein Steuerfuss mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis.

## Verdichtet bauen statt einzonen

Die Entwicklung hinterlässt aber auch sichtbare Spuren. Wer durch den Rombach oder das Dorf spaziert, begegnet zahlreichen Baustellen und Neubauten und stellt fest: Es wird enger in Küttigen.

Es gibt keine grösseren, zusammenhängenden Baulandreserven mehr, sondern nur noch kleinere Einzelparzellen und da und dort Grundstücke, welche seit langer Zeit im gleichen Besitz sind und dem Markt nicht zur Verfügung stehen. Auch diese Flächen sollten überbaut werden, denn Bauland ist knapp, und einmal eingezonte Flächen sind für die Landwirtschaft, aber auch für die Naherholung unwiederbringlich verloren. Die Gemeinde muss deshalb Verantwortung übernehmen und darf nicht auf Kosten nachfolgender Generationen weitere grosse Kulturlandflächen einzonen. Die Verdichtung in den eingezonten Landreserven ist aber an qualitative Anforderungen geknüpft. Verdichten heisst nicht, Menschen in Wohnblocks «verstauen».

Wenn unser Dorf attraktiv bleiben will, braucht es eine gute Durchmischung von verschiedenen Altersgruppen und Wohnformen, aber auch ansprechend gestaltete Aussenräume und eine gute Durchgrünung der Quartiere. Diese Ziele wurden

im «Leitbild räumliche Entwicklung» festgelegt, welches im vergangenen Jahr eine breit abgestützte Kommission erarbeitet hat und dessen Hauptinhalte bei der öffentlichen Mitwirkung bestätigt wurden.

## Nur notwendige Bauten realisieren

Für die Erfüllung von zentralen Aufgaben der Gemeinde sind einerseits Investitionen in Neubauten nötig – zum Beispiel in Schulanlagen. Die Erweiterung der Schulanlage Dorf ist primär nicht eine Folge der Bevölkerungszunahme, sondern eine Reaktion auf veränderte Bedürfnisse und Anforderungen, neue Unterrichtsformen und Tagesstrukturen etwa. Hier ist der finanzielle Handlungsspielraum klein.

Andererseits müssen einmal erstellte Bauten und Anlagen angemessen instand gesetzt und unterhalten werden. Bei Gemeindehaus, Feuerwehrmagazin, Schwimmbad und Schulanlagen hat die Bausubstanz in Teilen ihr Lebensalter erreicht. Hier besteht Erneuerungsbedarf, welcher hohe Kosten verursacht. Dabei ist die Höhe der Investitionen gegeben; in beschränktem Rahmen wählen lässt sich nur der Zeitpunkt.

Daneben bestehen in einer Gemeinde aber auch Bedürfnisse, welche nicht zum Pflicht-, sondern zum Wunschbedarf gehören. Die Grossraumhalle im Dorf gehört für mich in diese Kategorie. Wer sich ein solches Projekt leisten will, darf das nicht auf Kosten des Pflichtbedarfs tun, sondern muss konsequenterweise über eine Steuererhöhung nachdenken.

**Stephan Bircher, Gemeinderat**

# ES BRAUCHT DRUCK BEIM KANTON

Der individuelle motorisierte Verkehr scheint in unserer Gesellschaft ein notwendiges Übel zu sein. Das Bedürfnis nach Mobilität nimmt jährlich zu und ebenso die Bereitschaft, für Arbeitswege und vor allem für die Freizeitgestaltung grosse Strecken zurückzulegen. So erstaunt es nicht, dass das Verkehrsaufkommen auf den Kantonsstrassen im Kanton pro Jahr um 1.5% bis 2% zunimmt. Auch in Küttigen nimmt der Verkehr jährlich zu, unter anderem infolge ausgedehnter Bautätigkeit in den Quartieren.

## Mit der Seilbahn nach Küttigen: eine Utopie

Wie könnte die Verkehrssituation in 30, 40 oder gar 50 Jahren aussehen? Sämtliche Wohnquartiere sind verkehrsfrei; ein ausgeklügeltes Versorgungssystem befördert Personen, die nicht mehr mobil sind, und transportiert schwerere Waren, Abfall und dergleichen. Die Quartierstrassen sind reduziert auf eine Fahrspur für absolute Notfälle; der gesamte Rest dient als Aufenthalts- und Spielfläche. Wer nach Küttigen will, benützt die Seilbahn, die entlang der heutigen Hauptstrasse fast geräuschlos über eine langgezogene Parklandschaft rauscht. Soweit die Utopie. Die Realität präsentiert sich leider anders.

## Gesamtplan Verkehr: vorgesehene Massnahmen

Grundlagen für die zukünftige Verkehrssituation in Küttigen bilden das Verkehrskonzept, der Verkehrsrichtplan und die zugehörigen Massnahmen (Gesamtplan Verkehr), die diesen Sommer der öffentlichen Mitwirkung vorlagen. Darin sind folgende Punkte festgelegt:

- Verkehrsberuhigung in den Wohnquartieren durch Tempo 30. Auf bauliche Massnahmen wird mehrheitlich verzichtet. Die Gestaltung erfolgt durch Eingangstore, zum Teil mit einer Einengung und durch Rechtsvortrittsmarkierungen.
- Förderung des öffentlichen Verkehrs durch Bevorzugung des Busses beim

Knoten Bibersteiner-/Neue Stockstrasse, durch Verlegung der Haltestellen auf die Fahrbahn und durch Förderung von Mobility-Standorten. (Der neue Standort Dorf ist bereits realisiert.)

- Umgestaltung der Neuen Stockstrasse und der Hauptstrasse mit dem Ziel, eine markantere Identität zu gewinnen und sie gestalterisch aufzuwerten. So können zwei auch für Geschäfte und Dienstleistungen attraktive Zentrumsbereiche geschaffen werden, nämlich auf Stock und vom Schulhaus Dorf bis zur Post. Die Fahrbahnen werden möglichst reduziert und mit Mittelinsel oder Mehrzweckstreifen bessere Querungen für Fussgänger und Fussgängerinnen geschaffen. Vorplätze und Trottoirs werden analog der Benkenstrasse sukzessive erneuert und aufgewertet. Die Gestaltungsmöglichkeiten sind jedoch begrenzt, da sowohl Bus und Postauto wie auch Ausnahme Transporte auf dieser Achse verkehren müssen.
- Anpassung der Kreuzung Benken-/Staflegg-/Hauptstrasse: Wer vom Benken kommt, soll via Stafleggstrasse und nicht aus lauter Gewohnheit durchs Dorf weiterfahren.
- Durchgehender Gehweg und Radstreifen an der Stafleggstrasse
- An der Bibersteinerstrasse werden Lärmschutzmassnahmen, Radstreifen und Fussgängerquerungen gefordert.

## Begrenzter Einfluss der Gemeinde

Die Umsetzung der oben aufgeführten Punkte hängt vom Eigentümer der jeweiligen Strasse ab.

So diktiert der Kanton als Eigentümer der Bibersteinerstrasse und des Strassenzugs Benken bis Staflegg das Vorgehen. Der Gemeinderat hat in Gesprächen mit Projektzuständigen und mit eigenen Vorschlägen hartnäckig versucht, an der Bibersteinerstrasse Verbesserungen zu erzielen. Diese Möglichkeiten sind nun



ziemlich ausgeschöpft. Ich meine, es sei an der Zeit, über politische Einflussnahme, z.B. durch die beiden Küttiger Grossräte, speziell bei der Bibersteinerstrasse den Druck zu erhöhen, um vom zukünftigen Verkehr nicht überrollt zu werden.

Die Knoten Neue Stockstrasse/Bibersteinerstrasse und Hauptstrasse/Benken-/Stafleggstrasse werden vorerst provisorisch umgebaut. Eine definitive Lösung ist erst in einigen Jahren möglich.

Bei den Gemeindestrassen kann der Gemeinderat mit der Umsetzung beginnen, sobald die Kreditbeschlüsse gefasst sind. Die Einführung von Tempo 30 liesse sich folglich bereits nächstes Jahr in Angriff nehmen. Bei der Umgestaltung der Neuen Stockstrasse und der Hauptstrasse muss dagegen der Kanton zunächst das Eigentum am Strassenzug abtreten. In einer ersten Phase werden provisorische Massnahmen (Markierung und wenige kleinere Anpassungen) erfolgen. Eine definitive Gestaltung ist kostenintensiv und darum erst in einigen Jahren möglich.

Die anstehende Realisierung von Tempo 30 in den Quartieren und die vorgesehene Umgestaltung der Hauptstrasse sind wichtige Schritte in die richtige Richtung. Packen wir es an, solange wir noch nicht mit der Seilbahn nach Küttigen fahren.

**Christian Kuhn**

**Abzocker belohnen und das Volk bestrafen?**

**Die SP sagt am 26. September «Nein» zum Abbau bei der Arbeitslosenversicherung.**



Sozialdemokratische Partei  
Küttigen-Rombach

[www.sp-kuettigen.ch](http://www.sp-kuettigen.ch)